

13. 06. 80

Sachgebiet 2032

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem von der Bundesregierung eingebrachten

Entwurf eines Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1980 (Bundesbesoldungs- und -versorgungserhöhungsgesetz 1980 – BBVEG 80)

– Drucksachen 8/3988, 8/4191 –

Bericht des Abgeordneten Dr. Riedl (München)

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß mit Wirkung vom 1. März 1980 die Bezüge der Beamten, Richter und Soldaten sowie der Versorgungsempfänger des Bundes, der Länder und Gemeinden linear um 6,3 v. H. erhöht werden. Darüber hinaus sollen Empfänger niedrigerer Besoldungs- und Versorgungsbezüge als Belastungsausgleich eine einmalige zusätzliche Zahlung erhalten. Für Empfänger niedrigerer Besoldungsbezüge sollen ab 1. März 1980 die vermögenswirksamen Leistungen angehoben werden.

Der Gesetzentwurf führt zu Mehrkosten bei Bund, Ländern und Gemeinden. Daneben werden auch die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost und soziale Versicherungsträger mit Mehrkosten belastet.

Diese Mehrkosten betragen:

	1980	1981
Bund	1 104 200 000 DM	1 277 100 000 DM
Länder	2 771 500 000 DM	3 268 900 000 DM

	1980	1981
Gemeinden	450 000 000 DM	530 600 000 DM
Bundesbahn	575 700 000 DM	676 000 000 DM
Bundespost	613 200 000 DM	719 200 000 DM
Soziale Versicherungs- träger	87 200 000 DM	102 600 000 DM.

Deckung für die auf den Bundeshaushalt entfallenden Mehrkosten ist für 1980 im Haushaltsplan bei den Personalverstärkungsausgaben bei Kapitel 60 02 Titel 461 71 und 971 71 vorhanden. Für 1981 werden die Mehrkosten bei der Aufstellung des Haushaltsvoranschlags entsprechend berücksichtigt. Für die Folgejahre wird die Finanzplanung fortgeschrieben.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Innenausschuß vorgelegten Beschlußempfehlung zu dem Gesetzentwurf.

Bonn, den 12. Juni 1980

Der Haushaltsausschuß

Windelen Dr. Riedl (München)
Vorsitzender Berichterstatter

